



Klima des Hasses

Die Ressentiments gegen Flüchtlinge und im Speziellen gegen Muslime tragen gewalttätige Früchte. In Warschau wird wegen eines Anschlags auf das Islamische Zentrum ermittelt. Die Regierung unter der am Montag zurückgetretenen Ministerpräsidentin Szydło (l.) ist heftigen Vorwürfen ausgesetzt.

Foto: AFP / Janek Szarynski (2)



In Polen nehmen Angriffe auf Muslime zu, im Internet und den öffentlich-rechtlichen Medien wird eine massive Hetze gegen Flüchtlinge betrieben. Eine Reportage.

Von Florian Bayer

Früchte der Islamophobie

Beitritt man das islamische Kulturzentrum beim Warschauer Westbahnhof, springen einem sofort die gewaltigen Sprünge an der Glasfassade ins Auge. „Das war erst vor zwei Wochen: Ein Pole hat spätnachts mit einem Ziegelstein darauf eingedroschen, wieder und wieder“, sagt Andrzej (Name von der Redaktion geändert). Erfolgreich war der Angreifer damit nicht, denn es ist Panzerglas – dennoch ist der Schaden beträchtlich. Der Vorfall wurde von Videokameras aufgezeichnet, die Polizei ermittelt.

„Leider ist es nicht das erste Mal, dass wir angegriffen wurden“, erzählt Andrzej. Obwohl das islamische Zentrum, das aus einem großen Gebetsraum für 600 Personen, einer Bibliothek, mehreren Konferenz- und Büroräumen besteht, erst vor zwei Jahren eröffnet wurde, gab es schon mehrere Attacken gegen die Fassade, einmal wurde ein Schweinekopf beim Eingang abgelegt. Weil es auch im Internet regelmäßige Angriffe gegen ihn und das Zentrum gibt, bat uns Andrzej, gebürtiger Pole, seinen richtigen Namen nicht zu nennen.

Offen für alle

Das Islamzentrum ist zwischen einer Schnellstraße und einem Einkaufszentrum gelegen. Der kleine Halbmond an der Spitze eines kleinen dreieckigen Turms ist vom nur wenige Minuten entfernten Westbahnhof nicht mehr zu erkennen. Das Zentrum wird ausschließlich von Spenden finanziert, von der Regierung kommt keine Unterstützung. „Unser Haus steht nicht nur Muslimen, sondern allen Bewohnern und Besuchern Warschaus offen“, sagt Andrzej und die offene Stimmung merkt man tatsächlich. Neben Gläubigen kommen auch regelmäßig Schulklassen, Pfadfinder oder Seniorengruppen hierher. Auch drei junge malaysisch-stämmige Städtereisende aus London sind gekommen, um sich das Zentrum, eine Rarität im katholischen Polen, anzusehen.

Es ist Freitagnachmittag, kurz nach 15 Uhr, und mehrere Gruppen Männer strömen ins Gebäude. Der Gebetsraum ist im ersten Stock und schlicht gehalten: Lediglich der grün-schwarze, weiche Bodenteppich sowie die Wandver-

zierungen mit den verschiedenen Bezeichnungen Allahs im Koran schmücken den Raum. Rund 20 Muslime, alle männlich, sind heute zum Freitagsgebet gekommen, eine eher kleine Zahl. Für Frauen gibt es einen eigenen Bereich im Stockwerk darüber.

„Zu uns kommen Menschen aus Nordafrika, Südostasien, Zentralasien und natürlich dem arabischen Raum. Aber auch Muslime zweiter

„Wenn man die öffentlich-rechtlichen Nachrichten hört und sieht, könnte man meinen, Vergewaltiger und Terroristen lauern in Polen an jeder Ecke.“

Generation oder Konvertiten aus Polen“, sagt Andrzej. Statistiken führt man hier keine, aber an den verschiedenen Hauttönen, Bartlängen und Bekleidung sieht man die Vielfalt der Gekommenen. Bei großem Andrang und Bedarf werden die Gebete in drei Sprachen abgehalten, neben Polnisch auch in Arabisch und Englisch.

„Unsere Situation könnte besser nicht sein“, sagt Imam Najib

A., der aus dem Jemen stammt, ganz unironisch. Auf die Attacken auf das Zentrum und die islamfeindliche Stimmung angesprochen, meint er lediglich: „Wir vertrauen voll und ganz auf den polnischen Rechtsstaat und in die Polizei. Aber nochmal: Es fehlt uns an nichts.“ Und dann muss er weiter. So ganz nimmt man ihm die Unbeschwertheit nicht ab – dahinter steht wohl der Wunsch, bei der Ausübung der Religion endlich in Ruhe gelassen zu werden.

Tätliche Angriffe

Das ist verständlich: Seit zwei Jahren nehmen auch die tätlichen Angriffe auf Muslime stark zu. Das belegen Statistiken der NGO „Never Again!“, die als einzige polnische Stelle Meldungen von rassistischen Übergriffen sammelt und dokumentiert. „Die Rechten bereiten den Boden für Xenophobie“, sagt Anna Tatar, Mitarbeiterin der NGO. Anfang Oktober etwa beteten zehntausende Katholiken an Polens Grenze Rosenkranz-Gebete gegen eine „Islamisierung Europas“ und für die „Rettung Polens“.

Führende Politiker goutieren das und verbreiten Fotos über Twitter und Facebook.

So kommt es auch, dass am polnischen Nationalfeiertag (11. November) an die 60.000 selbsternannte Patrioten durch das Zentrum Warschaus ziehen konnten, viele von ihnen mit offen rassistischen Parolen und faschistischen Symbolen. „Stadt und Land lassen das zu, spielen es herunter. Islamophobie wird zumindest geduldet, wenn nicht sogar bewusst geschürt.“

Wenn man die öffentlich-rechtlichen Nachrichten aufdreht, könnte man meinen, Westeuropa sei vom Untergang bedroht und Vergewaltiger und Terroristen lauern an jeder Ecke. Seit der großen Flüchtlingskrise im Sommer 2015 fährt die regierende Partei für „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) eine Kampagne gegen muslimische Zuwanderung, die ihresgleichen sucht und im erzkatholischen Polen auf fruchtbaren Boden fällt. Wenn die EU ihre „Drohung“ wahr macht – tatsächlich hat die alte Regierung dem Relocation-Deal zugestimmt – und das Land 7.000

Flüchtlinge aufnimmt, würde Polen überfremdet, so heißt es.

Tatsächlich gibt es in Polen, einem Land von knapp 40 Millionen Einwohnern, etwa 35.000 Muslime. Das sind weniger als 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Polen ist eines der homogensten Länder der westlichen Welt: 95 Prozent der Einwohner sind ethnisch Polen, an die 90 Prozent römisch-katholisch. Woher kommt diese Angst vor dem Fremden? „Für uns sind Flüchtlinge wie der Yeti. Jeder weiß, es gibt ihn, aber keiner hat ihn je gesehen. Die Polen projizieren alle möglichen Ängste auf sie“, sagt Renata Mienkowska, Politikwissenschaftlerin an der Uni Warschau.

Der rechtsautoritären PiS hat ihr Anti-Flüchtlingskurs zu ihrem sensationellen Wahlsieg 2015 verholfen. Wegen dem Ausfall mehrerer Oppositionsparteien erhielt die Partei mit nur 37,6 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament. Seitdem baut die Regierung den Staat in atemberaubender Geschwindigkeit um: Kurz nach Angelobung wurde der öffentlich-rechtliche Rundfunk ideologisch auf Linie gebracht, viele Journalisten mussten gehen. Mit dem Vorwand, das Land von Korruption zu befreien, stellte die Regierung das Verfassungsgericht unter ihre Kontrolle. Erst letzte Woche kam auch der Oberste Gerichtshof dazu, dessen Besetzung nun ebenfalls von der PiS entschieden wird.

Unterdessen wird die Saat der Angst munter weiter ausgestreut. Die PiS und ihre Anhänger sehen Polen als Bollwerk gegen die vermeintliche Islamisierung Europas, so wie 1683, als ein Heer unter polnischer Führung vor den Toren Wiens die Osmanen schlug. „Dieses Narrativ funktioniert! In meinem Heimatdorf glauben die Leute, dass die Abwesenheit von syrischen Flüchtlingen uns vor allen schlechten Dingen dieser Welt schützt“, sagt Mienkowska. Die PiS fährt damit jedenfalls gut – sie liegt in Wahlumfragen bei 40 bis 45 Prozent, höher denn je. Für die Zukunft wünscht sich Andrzej jedenfalls vor allem Ruhe. „Wir wollen nicht instrumentalisiert werden, weder von links noch von rechts“, sagt er und spricht damit wohl für die meisten im Kulturzentrum. Bis der Schaden repariert wird, dauert es wohl noch eine Weile – selbst das Geld für die Miete muss mühsam erspart werden.

KLARTEXT

Von Wolfgang Mazal

Verfremdung des Ehebegriffs

Vor dem Hintergrund des allgemeinen Sprachgebrauchs (§ 6 ABGB) kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Ehe eine Gemeinschaft von zwei Personen verschiedenen Geschlechts ist, „die den Willen haben, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitigen Beistand zu leisten“ (§ 44 ABGB). Im Zusammenwirken mit der Eingetragenen Partnerschaft hat der VfGH dieses Eheverständnis als Ausgangspunkt von Diskriminierungen im Alltag qualifiziert. Die Entscheidung wirft zahlreiche methodische und politische Fragen auf, von denen allerdings zwei mit Kinderlosigkeit zusammenhängen:

Zunächst wirkt es skurril, dass nach dem künftigen Wortlaut von § 44 ABGB gleichgeschlechtliche Paare nur dann eine Ehe eingehen können, wenn sie den Willen haben, Kinder zu zeugen: Will der VfGH wirklich den Willen zu einem absolut unmöglichen Handeln zur Voraussetzung eines zivilrechtlichen Vertrages erheben?



Nüchtern betrachtet ist aber angesichts zahlreicher Fälle von ungewollter wie gewollter Kinderlosigkeit zu fragen, warum der Staat überhaupt noch an einem Vertrag, der die Zeugung von Kindern zum Gegenstand hat, festhalten soll, und warum „Ehe“ und „Eingetragene Partnerschaft“ nebeneinander bestehen sollen. Wenn die – vorliegende oder fehlende – Verpflichtung auch zur Zeugung von Kindern als Ausgangspunkt von Diskriminierung gilt, wäre es konsequent, die „Lebensgemeinschaft auf Dauer mit gegenseitigen Rechten und Pflichten“ zur alleinigen Grundlage zivilrechtlicher und sozialrechtlicher Folgen einer Paarbindung zu machen. Konsequent wäre es aber auch, dieses Rechtsinstitut nicht mehr als Ehe zu bezeichnen, anstatt den religiös-kulturell geprägten Ehebegriff des Zivilrechts zu verfremden.

Der Gesetzgeber ist am Wort!

Der Autor ist Professor für Arbeits- und Sozialrecht und Leiter des Instituts für Familienforschung